



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses



7. März 2016

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3224

Telefax 0211 871-3231

**Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zu dem von
der CDU-Fraktion beantragten Tagesordnungspunkt 11. der
Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2016**

Anlagen: - 60 -

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlage übersende ich Ihnen den „Bericht des Ministeriums für
Inneres und Kommunales zu dem von der CDU Fraktion beantragten
Tagesordnungspunkt 11.

**„Aktueller Sachstand bezüglich geplanter Standortschließungen
bei der Wasserschutzpolizei „**

für die Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2016.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

**Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales
zu dem von der CDU-Fraktion beantragten Tagesordnungspunkt
"Aktueller Sachstand bezüglich geplanter Standortschließungen bei der
Wasserschutzpolizei" der Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2016**

Mit Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Sitzung des Innenausschusses am 27.08.2015 (Vorlage 16/3138) wurde über den aktuellen Sachstand und den Gesamtprozess der Neustrukturierung der Wasserschutzpolizei berichtet.

Zwischenzeitlich liegt neben dem Bericht des Polizeipräsidiums Duisburg zu „Konzeptionellen Überlegungen zur organisatorischen Neugestaltung der Direktion Wasserschutzpolizei beim Polizeipräsidium Duisburg“ auch ein Bericht der GdP-Kreisgruppe Wasserschutzpolizei vor.

In diesem Bericht führt die GdP-Kreisgruppe Wasserschutzpolizei eigene Überlegungen zur zukünftigen Neuorganisation der Wasserschutzpolizei aus.

Im Wesentlichen beinhaltet das Konzept der GdP-Kreisgruppe folgende Aspekte:

- Dienststellenschließungen sollten trotz Reduzierung von Booten verhindert werden
- die qualitative Arbeit der Wasserschutzpolizei ist nur mit Booten möglich
- mehr Bedienstete für Bootsstreifendienst durch Umstrukturierung von Personal
- Erhöhung der wirtschaftlichen Auslastung der Boote.

Hinsichtlich des Personaleinsatzes, der Dienstgestaltung und zur Bootstechnik erfolgen eigene Vorschläge der GdP-Kreisgruppe.

Der Bericht des PP Duisburg nimmt zu einzelnen Punkten Stellung. Letztlich wird an den eigenen konzeptionellen Überlegungen zur organisatorischen Neugestaltung der Direktion Wasserschutzpolizei jedoch festgehalten.

Zur Klärung noch offenstehender Fragen im Entscheidungsprozess zur zukünftigen Or-

ganisation der Wasserschutzpolizei ist beabsichtigt, das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste zu beauftragen, einen Workshop mit dem Polizeipräsidium Duisburg unter Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktion Wasserschutzpolizei und Vertretern des örtlichen Polizeipersonalrates durchzuführen.

Erst nach Vorlage der Ergebnisse des Workshops wird im MIK eine Entscheidung getroffen werden können.